

presse

SPD will die Finanzierung des Breitensports im neuen Glücksspielstaatsvertrags sichern

Zur Einigung der Ministerpräsidenten auf Eckpunkte der Novelle des Glücksspielstaatsvertrags erklärt die stellvertretende sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Die SPD-Bundestagsfraktion ist besorgt, dass sich die Lobbyisten der Sportwetten-Anbieter soweit in die Diskussion über den neuen Staatsvertrag einmischen konnten. Aus Sicht der SPD-Fraktion müssen die Suchtprävention und die Sicherung der Finanzierung des Breitensports die Leitlinien des neuen Staatsvertrags sein, sagt Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

Mit Sorge hat die Arbeitsgruppe Sport der SPD-Bundestagsfraktion die Entscheidung der Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen, im neuen Glücksspielstaatsvertrag den Bereich Sportwetten für private Anbieter zu öffnen.

Wir begrüßen ausdrücklich den Erhalt des staatlichen Monopols beim Lotto. Im Bereich der Sportwetten ist der Entwurf unter dem starken Druck schwarz-gelber Kommerzialisierungs-Bestrebungen entstanden. Immerhin konnten die SPD-geführten Länder verhindern, dass die Sportwetten komplett privatisiert wurden, wie es die FDP und Teile der CDU gefordert hatten. Damit wären unsere schlimmsten Befürchtungen eingetreten, die Finanzierungsgrundlage des Breitensports in ernste Gefahr gekommen und die Suchtprävention kommerziellen Interessen geopfert worden. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Ministerpräsidenten der SPD die Belange des Breitensports energisch vertreten haben.

Verwundert zeigen sich die SPD-Sportpolitiker über die Äußerungen des Deutsche Olympischen Sportbunds (DOSB). In der Presseerklärung des DOSB vom 6. April 2011 findet sich nur ein Kritikpunkt aus Sicht des Sports - alle anderen Argumente sind eher aus Sicht der Freunde von Sylt formuliert. Auf Sylt fand ein Treffen der FDP- und CDU-Politiker auf Einladung der Wettindustrie statt, an dem auch der Generaldirektor des DOSB, Dr. Michael Vesper, Ende März teilnahm.

Wir sind sehr besorgt, dass sich die Lobbyisten der Sportwetten-Anbieter soweit in die Diskussion über den neuen Staatsvertrag einmischen konnten. Aus Sicht der SPD-Fraktion müssen die Suchtprävention und die Sicherung der Finanzierung des Breitensports die Leitlinien des neuen Staatsvertrags sein.

Die SPD-Bundestagfraktion wird gemeinsam mit den SPD-geführten Bundesländern weiter für die Interessen des Breitensports kämpfen, während FDP und CDU sich zum Teil zu Handlangern der Wettindustrie gemacht haben.